

Bezahlkarte für Geflüchtete

Gefahr oder Chance für Selbstbestimmung und Partizipation im Land Bremen?



Foto: Adam Szalay Photography

Asylbewerber*innen sollen künftig einen Teil ihrer Leistungen als Guthaben auf einer Bezahlkarte bekommen.

Bund und Länder haben sich im Juni darauf geeinigt, dass Asylbewerber*innen, die staatliche Leistungen beziehen und kein eigenes Konto haben, mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf eine Bezahlkarte bekommen sollen. Die Details sind Ländersache. Gefahr oder Chance? – der BRI lädt zum Austausch.

Während sich die meisten Bundesländer darauf verständigt haben, dass mit der Karte maximal 50 Euro im Monat in bar abgehoben werden dürfen, hat sich Bremen für 120 Euro monatlich ausgesprochen. Sozialsenatorin Claudia Schilling stellte am 2. Juli dieses Jahres weitere Details vor: Die Inhaber*innen sollen mit der Karte in

Geschäften und im Internet bezahlen können, auch in Läden außerhalb Bremens. Überweisungen auf andere Karten und Konten werden aber nicht möglich sein, im Ausland gilt die Karte nicht. Optisch soll die Bezahlkarte anderen Kredit- oder Bankkarten ähneln, um Diskriminierung vorzubeugen. Bremen will im Herbst zunächst rund 3.000 Karten an Menschen in Erstaufnahme- und Übergangswohnrichtungen verteilen.

Doch es regt sich auch Kritik. Ein aktuelles Urteil des Hamburger Sozialgerichts etwa weist auf die Gefahr hin, dass pauschale Obergrenzen die individuellen Rechte und Bedürfnisse der Geflüchteten missachten könnten. Wissenschaftliche Expert*innen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) warnen zudem vor möglichen Einschränkungen in Mobilität und Teilhabe, die die Bezahlkarte mit sich bringen könnte. Diese könnten die Integration in den Arbeitsmarkt und das soziale Leben erheblich behindern, was insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels problematisch sei.

Gefahr oder Chance?

Der Bremer Rat für Integration (BRI) sieht darin für das Land Bremen eine besondere Herausforderung: „Mögliche negative Auswirkungen auf die Selbstbestimmung und die eingeschränkte

Teilhabe könnten die Bemühungen Bremens, eine offene und integrative Gesellschaft zu fördern, untergraben“, so der Vorstand.

Um sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Rechte angemessen berücksichtigt werden, möchte der BRI die Geflüchteten in die Diskussion mit einbinden. Am 24. September lädt er deshalb zusammen mit dem „Kulturladen Huchting“, „Demokratie leben“ und „Laut gegen Rechts zur Veranstaltung „Bezahlkarte: Gefahr oder Chance für Selbstbestimmung und Partizipation von Geflüchteten im Land Bremen?“ in den EuropaPunkt Bremen ein. Ein zentraler Bestandteil werden Interviews mit Geflüchteten sein. Ziel der Veranstaltung ist es, den Kontext der Bezahlkarte durch Erfahrungen und Perspektiven von Geflüchteten sichtbar zu machen, um so eine breite Diskussion anzuregen. Beteiligungen aus dem Publikum sind auf dem dynamischen Podium sehr erwünscht. Die „Würde“-Stühle aus dem gleichnamigen Projekt des „Kulturladen Huchting“ bieten Platz für wechselnde Diskutanten.

Auch alternative Ansätze, wie das Hannoveraner Modell, sollen vorgestellt und diskutiert werden: Bereits im Dezember 2023 hat die Stadt als eine der ersten Kommunen eine Bezahlkarte, die sogenannte „Social Card“, eingeführt, die keine Beschränkungen beim Abheben von Bargeld vorsieht. Die Nutzer*innen können die vollen Sozialleistungen von bis zu 460 Euro pro Person in bar abheben. ■

Bezahlkarte: Gefahr oder Chance für Selbstbestimmung und Partizipation von Geflüchteten im Land Bremen?

24. September, 17.30–19 Uhr, EuropaPunkt Bremen, Am Markt 20

Nächste Termine

Die nächste öffentliche Sitzung des Bremer Rates für Integration findet am 25. September 2024 um 17 Uhr in Bremerhaven statt. Der Ort wird zeitnahe auf der Homepage bekannt gegeben.

www.bremer-rat-fuer-integration.de

Büro des BRI

Am Markt 20

im Haus der Bürgerschaft

(Eingang EuropaPunkt Bremen)

28195 Bremen

Sprechzeiten nach Vereinbarung

bremer.rat@soziales.bremen.de

Telefon: 0421 | 361-26 94



Wissenswert

Globale Klimagerechtigkeit vor Ort gestalten

Diskussionsveranstaltung am 13. Juni im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft

Um globale Klimagerechtigkeit – und damit verbunden eine solidarische, ökologische und demokratische Zukunft – und wie sie in Bremen gestaltet werden kann, ging es bei einer Podiumsdiskussion am 13. Juni im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft. Eingeladen hatte „denkhaus“ Bremen, in Kooperation mit dem BUND Bremen, dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) sowie dem Bremer Rat für Integration (BRI) im Rahmen des Projekts „Perspektivwechsel Klimagerechtigkeit“.

Die Welt steht vor einer beispiellosen Herausforderung. Durch den enormen Anstieg der CO₂-Emissionen verändert sich unser Klima in rasender Geschwindigkeit. Die Folgen der Klimakrise betreffen Menschen weltweit – allerdings bei Weitem nicht alle im gleichen Maße. Unter den Auswirkungen leiden ausgerechnet die Menschen in Ländern des Globalen Südens am stärksten, die bereits heute von Armut und Hunger betroffen sind und selbst am wenigsten zu der Entstehung der Klimakrise beigetragen haben.

Zu Beginn der Veranstaltung in der Bürgerschaft machte Peter Emorinken-Donatus, Umweltaktivist und taz-Panther-Preisträger, in seiner Keynote deutlich: „Wenn es um Klimagerechtigkeit geht, dann geht es auch um Kolonialismus und die historische Verantwortung, die Länder des Globalen Nordens und auch Städte wie Bremen tragen, um der Klimakrise zu begegnen.“

Globale Klimagerechtigkeit lokal gestalten? Was bedeutet das für Bremen? Darum ging es bei der anschließenden Podiumsdiskussion, die von „denkhausbremen“-Geschäftsführer Peter Gerhardt moderiert wurde. Peter Emorinken-Donatus und Virginie Kamche (Afrika Netzwerk Bremen) diskutierten mit Philipp Bruck (Bündnis 90 /DIE GRÜNEN), Wiebke Winter (CDU) und Arno Gottschalk (SPD) über die globalen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, konkrete Klimapolitik in Bremen, die Stärkung

*Die Projekt-Broschüre „Stimmen für Klimagerechtigkeit“, in der alle Interviews gesammelt sind, die „denkhausbremen“ innerhalb der letzten Monate mit Menschen aus Bremen und anderen Regionen der Welt zum Thema Klimagerechtigkeit geführt hat, kann heruntergeladen werden unter: <https://denkhausbremen.de> Die gedruckte Ausgabe gibt es bei: **denkhausbremen e.V., Am Deich 45***



„denkhausbremen“-Geschäftsführer Peter Gerhardt (ganz links) moderierte die Diskussion. (v.l.): Arno Gottschalk (SPD), Peter Emorinken-Donatus (Umwelt-aktivist), Virginie Kamche (Afrika Netzwerk Bremen), Wiebke Winter (CDU) und Philipp Bruck (Bündnis 90 /DIE GRÜNEN)



Peter Emorinken-Donatus hielt einen mitreißenden Grundsatzvortrag

benachteiligter Bevölkerungsgruppen, politische Verantwortung im Umgang mit der kolonialen Geschichte, Klimamigration und Rassismus und die Frage nach der „richtigen“ Definition von Wohlstand.

Die angeregte Diskussion, aber auch zahlreiche Fragen und Kommentare aus dem Publikum machten deutlich, wie viele unterschiedliche Dimensionen das Thema Klimagerechtigkeit hat und wie dringend Handlungsbedarf besteht. Um Antworten auf die drängenden Fragen rund um



Zahlreiche Fragen und Kommentare aus dem Publikum bereicherten die Diskussion

die Themen Klimagerechtigkeit und Klimaflucht zu finden, sollen noch viele weitere Veranstaltungen im Rahmen des dreijährigen Projekts „Perspektivwechsel Klimagerechtigkeit“ von denkhausbremen folgen. ■

Israelisch-palästinensischer Dialog

Gesprächsangebot über den Nahostkonflikt an Schulen und für die Öffentlichkeit

Der Krieg in Nahost belastet viele Menschen in Deutschland und verunsichert vor allem auch Kinder und Jugendliche. Jouanna Hassoun, Deutsch-Palästinenserin, und Shai Hoffmann, deutschjüdisch mit israelischen Wurzeln, gehen deshalb an Schulen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Mit seinem Dialog-Format ist das israelisch-palästinensische Duo gleich nach dem 7. Oktober gestartet und seitdem praktisch pausenlos im Einsatz. Im Dezember kommen sie auf Einladung des Bremer Rates für Integration (BRI) nach Bremen.

Heute sollen die Schülerinnen und Schüler reden – und zwar über ihre Gefühle zum Nahostkonflikt. Die Lehrer*innen dürfen zuhören, aber nichts sagen. So sieht es das Konzept von Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann vor, mit dem sie seit dem Ausbruch des Krieges in Israel und Gaza am 7. Oktober vergangenen Jahres deutschlandweit unterwegs sind. In den anderthalb Stunden ihres Besuchs sollen sich die Schüler*innen frei äußern können. Alle Emotionen und Fragen sind willkommen. „Unser Anliegen ist es, ihnen zuzuhören, ihre Aussagen und Perspektiven aufzugreifen und ihnen ohne Vorurteile einen Raum für ihre Gefühle zu schaffen“, erklären sie ihr Konzept. Dabei darf es durchaus kontrovers zugehen. „Wichtig ist, dass wir auch Vorurteile oder Stereotypen, die mit Rassismus, Antisemitismus oder Gewaltverherrlichung einhergehen gemeinsam diskutieren und reflektieren. Nur so können sie korrigiert und aufgebrochen werden.“

„Dialog“ steht dabei für ein multiperspektivisches Gesprächsformat, bei dem es nicht um einseitige Perspektiven pro-Israel oder pro-Palästina geht. Vielmehr sollen die vielen verschiedenen Facetten zwischen diesen Polen diskutiert werden. Da gibt es viel Unwissenheit, sagen die beiden Aktivist*innen.

Schulen als Spiegel der Gesellschaft

An vielen Schulen, bundesweit und im Land Bremen, haben die Schüler*innen Wurzeln in über 60 verschiedenen Ländern. Für viele ist das Thema ein persönliches, viele spüren den Druck, sich positionieren zu müssen. Auf Pausenhöfen treffen dann die Positionen aufeinander, die die Jugendlichen zu Hause, in den Communities oder den sozialen Medien erworben haben. Schnell eskaliert die Debatte um den Nahostkonflikt. Und



Foto: Transaidency e.V.



Foto: Steve Hernd

Jouanna Hassoun ist Geschäftsführerin von Transaidency e.V., politische Bildnerin und Menschenrechtsaktivistin. Shai Hoffmann ist Sozialunternehmer und Aktivist. Als Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft im Wandel UG realisiert er aktivistische sowie politische Bildungsprojekte

das nicht nur auf den Schulhöfen: Die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland ist seit dem Terrorangriff am 7. Oktober deutlich gestiegen. Der wachsende Antisemitismus sowie antimuslimischer Rassismus in Deutschland sind somit ebenfalls Themen, über die Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann mit den Jugendlichen sprechen. „Das Thema ist für uns alle nicht einfach“, sagt Hoffmann. Doch wenn man sich

gegenseitig zuhören und respektvoll miteinander umgehen könne, sei ein Dialog möglich: „Dann ist das Demokratie at its best.“ ■

Der BRI organisiert derzeit weitere Veranstaltungen mit Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann für die Bremer Öffentlichkeit. Aktuelle Termine ab November unter: www.bremer-rat-fuer-integration.de



Dialog: Wie wir über Israel und Palästina sprechen

Ein deutscher Jude mit israelischen Wurzeln und eine Deutsch-Palästinenserin können miteinander reden. Gemeinsam reisen Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann seit 2023 für ihr Projekt „Dialog“ von Schule zu Schule, um über den Krieg, die gegenwärtige Eskalation in Israel und Palästina sowie die Auswirkungen für das muslimische und das jüdische Leben in Deutschland zu sprechen. Sie schaffen in ihren Gesprächsrunden einen Raum, der auch Fragen und Ansichten zulässt, die viele sich nicht trauen zu stellen. Damit beweisen sie, dass das Miteinanderreden möglich ist, und motivieren die Leser*innen, selbst in den Dialog einzusteigen.

Erscheint am 27. September 2024, Quadriga Verlag und kostet 22 Euro. ISBN 978-3869951515



Bremer Rat für Integration im Prozess

Gremium strukturiert sich unter professioneller Anleitung neu

Am 12. Juni trafen sich Mitglieder des Bremer Rats für Integration (BRI), Interessierte sowie Gäste aus Politik und Verwaltung zur öffentlichen Plenarsitzung im Presseclub im Schnoor. Der Schwerpunkt lag diesmal auf dem Neustrukturierungsprozess des Gremiums (wir berichten in der Juni-Ausgabe).

Unter Tagesordnungspunkt vier stellte die vom Integrationsreferat als Prozessbegleiterin für die Umstrukturierung des BRI engagierte Jutta Kersting sich und ihre Aufgaben im Rahmen der Prozessbegleitung vor. Bis Ende dieses Jahres wird sie gemeinsam mit den Mitgliedern des BRI Vorschläge zur Optimierung der Satzung, Geschäftsordnung und Arbeitsweise des Bremer Rates für Integration erarbeiten. Der Prozessverlauf soll transparent und breit angelegt sein.

Im Folgenden beleuchtete Kersting zwei zentrale Punkte konkreter: Zunächst das Thema „Auftrag und Selbstverständnis des BRI“. Hierzu gab es einen im Vorfeld von ihr, dem erweiterten Vorstand sowie der Referentin des BRI erarbeiteten Text. Er war vorher verschickt worden und diente als Diskussionsgrundlage. Vorstandsmitglied Jutta Berninghausen betonte in diesem Zusammenhang noch einmal die Relevanz der Berücksichtigung von Teilhabe im gesellschaftlichen Wandel sowie des Fokus auf demokratische Werte. Die Herausforderungen hätten sich seit Gründung des BRI 2005 massiv gewandelt, gab

Berninghausen zu bedenken. Ging es Anfang der 2000er-Jahre noch um eine Integration Zugewanderter in die Mehrheitsgesellschaft, so geht es heute, im Einwanderungsland Deutschland, um gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation. Alle Anwesenden, auch die Gäste, waren aufgefordert, dazu ihre Meinung zu äußern, damit diese protokolliert und im weiteren Prozess berücksichtigt werden kann.

land nicht angemessen berücksichtige. Die Prozessgruppe schlug den Namen „BreMIT – Bremer Rat für Migration und Teilhabe“ vor.

Insgesamt gab es ein positives Feedback für den begonnenen Umstrukturierungsprozess. Klar war auch, dass in diesem Plenum keine finalen Entscheidungen getroffen werden können, sondern es vielmehr um eine Abstimmung, ein Stimmungsbild, ging. Abschließend betonte



Foto: BRI

Plenumsitzung im Presseclub. Vorne links: Jutta Berninghausen (Vorstand) und Dewi Stümer (BRI-Referentin). Rechts: Jutta Kersting begleitet den Prozess

Im zweiten Punkt ging es der Prozessbegleiterin um ein Meinungsbild zur Umbenennung des „Bremer Rates für Integration“. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob der Begriff „Integration“ noch zeitgemäß sei, da er die Vielfalt der heutigen Gesellschaft in Deutsch-

Jutta Kersting noch einmal die Offenheit des Prozesses für Vorschläge und die Partizipation aller Interessierten und Anwesenden und lud weiterhin zu konstruktiver Kritik ein. ■

Mehr Infos unter:
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Die 9. Bremer und Bremerhavener Integrationswochen ...

... finden vom **4. bis 17.11.2024** statt. Sie fördern Begegnung, Dialog und Informationsaustausch sowie gesellschaftliche Teilhabe. So schön können kulturelle Vielfalt und Diversität sein!
Wir halten Sie ab Ende Oktober auf dem Laufenden unter: www.bremer-rat-fuer-integration.de

Buchtipps



„Stadt der Kolonien“

Die Kolonialgeschichte hat in den vergangenen Jahren intensive gesellschaftliche Debatten befeuert. Auslöser sind häufig lokale Konflikte über Straßennamen, Denkmäler und Museumsausstellungen. Bremen gilt als einstiger Wegbereiter des offiziellen deutschen Kolonialreichs und Zentrum der Kolonialrevisionisten. Seit den 1970er Jahren ist die Stadt führend in der Aufarbeitung ihrer kolonialen Vergangenheit. Dieses anregende Lesebuch stellt Schlüsselakteure sowie Orte und Institutionen dieser Entwicklung vor und wirft ein Schlaglicht auf die deutsche (post-) koloniale Geschichte.

Mitherausgeberin ist die Virginie Kamche. Sie ist Mitgründerin des Afrika Netzwerks Bremen e.V. und arbeitet als Fachpromotorin für Migration, Diaspora und Entwicklung. 2019 erhielt sie den Diversity Preis und 2023 wurde als Frau des Jahres in Bremen ausgezeichnet.

Verlag Herder, 20 Euro, ISBN: 978-3-451-39923-7

Social media

Bremer Rat für Integration

@bremerratfuerintegration

@BRIIntegration

Impressum

Herausgeber: Bremer Rat für Integration
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Redaktion: Silke Düker (v.i.S.d.P.)

E-Mail: redaktion@bremer-rat-fuer-integration.de

Auflage: 1.000 Exemplare

